



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

5/SN-373/ME  
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Telex 1370-900 Telefax 53115/2699  
DVR: 0000019

GZ 670.027/1-V/4/94

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

1010 W i e n

*H. Jausitzky*

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	53 -GE/19... 17
Datum: 29. SEP. 1994	
Verteilt 30. Sep. 1994	

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines  
Bundesgesetzes über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen  
bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die  
Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte.

26. September 1994  
Für den Bundeskanzler:  
i.V. OKRESEK

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Telex 1370-900 Telefax 53115/2699  
DVR: 0000019

GZ 670.027/1-V/4/94

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
Abteilung III/15

Himmelpfortgasse 4-8  
1015 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Achleitner

2219

IF-620/60-III/15/94  
10. August 1994

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zeichnung von  
zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerika-  
nischen Entwicklungsbank und über die Leistung eines  
weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst teilt zum oz. Entwurf  
folgendes mit:

Da dem Rechtsbestand bereits mehrere Bundesgesetze mit einem  
gleichlautenden Titel angehören, wird angeregt zu prüfen, wie der  
Titel der Rechtsvorschrift im Sinne der Richtlinien 100f der  
Legistischen Richtlinien 1990 unterscheidbar formuliert werden  
könnte.

Es fällt auf, daß - im Unterschied zu den Vorläufernormen, die die  
Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen jeweils ziffernmäßig  
genau bezeichnet haben - § 1 des Entwurfes die Übernahme von "bis  
zu 9 313 zusätzlichen Kapitalanteilen" und eine Beitragserhöhung  
zum Fonds für Sondergeschäfte "um bis zu 56 596 883,6394 öS"  
normiert. Es sollten entweder die Kriterien, wonach sich die Höhe  
der konkreten Übernahmen zu richten hat, bereits im Gesetz  
angegeben werden oder ansonsten die Begriffe "bis zu" gestrichen  
werden.

- 2 -

In § 1 sollte statt der Republik Österreich besser der Bund genannt werden.

Abkürzungen dürfen - wenn überhaupt - nur in dem im Anhang 1 der Legistischen Richtlinien 1990 angeführten Umfang im Text von Rechtsvorschriften verwendet werden. Die Abkürzung "öS" wäre daher auszuschreiben.

26. September 1994  
Für den Bundeskanzler:  
i.V. OKRESEK

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

